



# Bundestags- brief

Nr.284 • Die Woche im Bundestag • 12.02.2021



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Eine weitere Milliarde für NEUSTART KULTUR

Das Rettungs- und Zukunftsprogramm NEUSTART KULTUR startete im Sommer 2020. In enger Abstimmung mit Kulturverbänden und Kulturfonds wurden rund 60 Teilprogramme für die verschiedenen Sparten von Kunst und Kultur entwickelt. Davon profitieren unter anderem Kinos, Museen und Theater, Musik, Festivals und Literatur. Spartenübergreifend werden zudem Mittel für pandemiebedingte Investitionen und Digitalisierung zur Verfügung gestellt. Außerdem gab es 50 Millionen Euro für Stipendien. Inzwischen sind die Mittel allerdings weitgehend ausgeschöpft, eine ganze Reihe der Angebote sind überzeichnet. Ende des vergangenen Jahres waren bereits 900 Millionen Euro und damit fast das gesamte Volumen des bisherigen Budgets konkret belegt.

Um dazu beizutragen, die durch die Corona-Einschränkungen besonders stark betroffene kulturelle Infrastruktur zu erhalten, wird nun eine weitere Milliarde Euro zur Verfügung gestellt.

Ich danke dem Koalitionsausschuss für dieses Signal der Solidarität mit den Kreativen und der Wertschätzung der Kultur. Mit dieser Milliardenhilfe setzen wir auch im internationalen Vergleich ein Ausrufezeichen. Vor allem sendet die zweite Kulturmilliarde ein Zeichen der Hoffnung und der Ermutigung in die in ihrem Lebensnerv getroffene Kulturszene. Wir wollen unsere einzigartige kulturelle Vielfalt in Deutschland stützen, schützen und über den neuerlichen Lockdown retten. Ich bin mir sicher: Die Sehnsucht nach der Live-Erfahrung ist enorm. Nach Ende der Schließungen werden wir ein großes 'Zurück zur Kultur' erleben. Ich bin dankbar für die schon bislang geleistete Unterstützung zahlreicher Kulturverbände. Mit unseren zusätzlichen Hilfen stellt die BKM weiter die Weichen für einen erfolgreichen Neustart.

Den Künstlerinnen und Künstlern geht es oft um die nackte Existenz. Dennoch ist es auch wichtig zu betonen, dass dieser Lockdown vor allen Dingen ihren Lebensnerv trifft. Sie tanzen und musizieren und schauspielern ja nicht nur, um Geld zu verdienen und ihre Familie davon zu ernähren - das auch - sondern, weil sie glauben, unbedingt genau diese künstlerische Tätigkeit ausüben zu müssen. Sie gehen mit einer intrinsischen, mit einer leidenschaftlichen Motivation dran, und sind deshalb jetzt so tief in ihrer Seele getroffen. Das geht auch an mir nicht spurlos vorüber. Wenn ich bedenke, wie ich als Publikum schon denke „ich fühle mich wie auf Entzug“, kann man sich vorstellen, um wieviel schlimmer noch es den Künstlerinnen und Künstlern selbst geht.

Daher ist es wichtig, bereits jetzt an die Zeit nach den Lockdown zu denken und über Öffnungsszenarien zu diskutieren.

Die Kultureinrichtungen waren die Ersten, die schließen mussten. Sie dürfen nicht die Letzten sein, die wieder öffnen. Die Kultureinrichtungen haben großartig und mit viel Sorgfalt die Hygienekonzepte in ihren Häusern implementiert und können sie erstklassig umsetzen. Ich finde, die Museen müssen mit die Ersten sein, die wieder öffnen können. Die Lüftungsanlagen sind besser als in jedem anderen Gebäude in Deutschland, das liegt in der Natur der Sache.

Danach kommen ganz sicher auch Kinos, anschließend natürlich die Einrichtungen, in denen es nicht nur um das Publikum, sondern auch um die Ensembles auf der Bühne geht. Es gibt einschlägige Untersuchungen, die zeigen, dass sich auch in fast voll besetzten Konzertsälen mit Maske niemand anstecken muss. Ich werbe sehr dafür, dass man auch diese Wissenschaftler sehr genau anhört. Denn ich glaube, Kultureinrichtungen tragen einfach zur seelischen Gesundung einer inzwischen tief verstörten Bevölkerung bei.

### **Verstärkt Perspektiven aufzeigen**

Jede und jeder von uns spürt die wachsende Ungeduld und Ermüdung nach fast einem Jahr Pandemie. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte daher verantwortungsvolle Perspektiven aufzeigen. Bei dauerhaft sinkenden Infektionszahlen brauchen wir transparente und verlässliche Kriterien für flexible Öffnungsschritte. Effektiver Gesundheitsschutz und nachhaltige wirtschaftliche Erholung müssen Hand in Hand gehen.

### **Permanente Überprüfung des Vorgehens**

Auch deswegen wurde die Sitzungswoche vorgezogen. Der Deutsche Bundestag sorgt somit sowohl für die schnelle Umsetzung der Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 3. Februar 2021 (u.a. Kinderbonus, Corona-Zuschuss, weitere „Kultur-Milliarde“) als auch für mehr Rechtsklarheit beim Infektionsschutzgesetz, indem die zentrale Norm über den Bundestagsbeschluss über die fortgeltende epidemische Lage angepasst wurde.

### **Unsere europäischen und internationalen Partner im Blick behalten**

Auch jetzt erreichen uns wieder aufrüttelnde Bilder und Berichte aus Regionen mit überlasteten Gesundheitssystemen. Schnelle Hilfen und unbürokratische Zusammenarbeit sind das Gebot der Stunde. Angesichts wachsender Gefahren durch Virus-Mutationen sind wir auf offene Informationskanäle und funktionierende internationale Netzwerke in der Erforschung und Produktion von Impfstoffen angewiesen.

### **DIE WOCHE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

#### **Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Einführung eines Ordnungsgeldes)**

In erster Lesung befassten wir uns mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes. So soll ermöglicht werden, Verstöße gegen die Hausordnung des Bundestages zukünftig auch gegenüber Abgeordneten mit einem Ordnungsgeld in Höhe von 1.000 Euro, im Wiederholungsfall von 2.000 Euro, zu ahnden. Bei verschiedenen Störungen der Ordnung im Reichstagsgebäude

und angrenzenden Büroliegenschaften des Bundestages in der jüngeren Vergangenheit hat sich gezeigt, dass diese Störungen erst durch Mitglieder des Bundestages - insbesondere durch Abgeordnete der AfD - ermöglicht wurden. Mit dem Gesetz soll eine Ausnutzung des bislang bestehenden sanktionsfreien Raums bei Verstößen gegen die Hausordnung des Bundestages für Störungen verhindert werden.

#### **Gesetz zur Erprobung weiterer elektronischer Verfahren zur Erfüllung der besonderen Meldepflicht in Beherbergungsstätten**

Zur Erfüllung der Meldepflicht in Beherbergungsstätten sind derzeit – neben dem klassischen Meldeschein aus Papier – drei Verfahren einer elektronischen Identifizierung zulässig. Mit dem vorliegenden Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, wird eine bis 2023 befristete Möglichkeit zur Erprobung weiterer innovativer elektronischer Verfahren verankert. Mit der neuen Erprobungsmöglichkeit wird insbesondere die Rechtsgrundlage für die Durchführung eines Pilotprojekts zur Erfüllung der Hotelmeldepflicht mittels einer App geschaffen.

#### **Datenstrategie der Bundesregierung, eine Innovationsstrategie für gesellschaftlichen Fortschritt und nachhaltiges Wachstum**

Wir berieten über die Datenstrategie der Bundesregierung. Deren Ziel ist es, die Digitalisierung in Deutschland unter gerechter Teilhabe aller voranzutreiben. Durch eine innovative Datennutzung in Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft soll nachhaltiges Wachstum und Wohlstand in Deutschland gefördert werden. Gleichzeitig begegnet die Bundesregierung mit dieser Strategie den Herausforderungen von missbräuchlicher Datennutzung.

#### **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS)**

In erster Lesung berieten wir den Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des Mandats für den Einsatz der Bundeswehr im Südsudan. Der Einsatz soll bis zum 31. März 2022 verlängert werden. Die Mission der VN ist als Stabilitätsanker für die Unterstützung des Friedensabkommens von großer Bedeutung.